

## DIE SCHWEIZ UND PVE IN TUNESIEN

*Von Lisa Watanabe*

*Seit kurzem ist die Prävention von gewalttätigem Extremismus (Preventing Violent Extremism, PVE) eine Priorität der Schweizer Aussenpolitik. In den letzten Jahren hat sich in Libyen, Marokko und Tunesien dschihadistischer Salafismus rasant ausgebreitet. Der Schwerpunkt der tunesischen Terrorismusbekämpfung liegt klar auf repressiven Massnahmen. Die Schweizer Aussenpolitik will hingegen die Ursachen von dschihadistischer Radikalisierung angehen. Künftige Projekte mit PVE-Fokus könnten die politische Marginalisierung von Jugendlichen ins Blickfeld nehmen und auch Frauen stärker einbinden.*

### EINLEITUNG

In den letzten Jahren hat der dschihadistische Salafismus in einigen Ländern des Maghreb zugenommen. Besonderer Aufmerksamkeit bedürfen die drei Länder Libyen, Marokko und Tunesien. Der Konflikt in Libyen sowie der politische Übergang in Tunesien haben ein Umfeld geschaffen, das es den dschihadistischen Salafistengruppen, unter anderem dem so genannten «Islamischen Staat» (IS), ermöglicht, sich in diesen Ländern zu etablieren. Bis jetzt ist Marokko – zum Teil durch seine Randposition innerhalb der arabischen Aufstände – von Problemen in der Grössenordnung verschont geblieben, wie sie in Libyen und Tunesien auftreten. Trotzdem ist das Königreich alles andere als immun gegen die Entwicklungen in der Region. Viele der am Konflikt in Syrien beteiligten «Foreign Fighters» stammen aus Marokko und Tunesien. Nicht nur für die direkt betroffenen Länder stellt dies eine Herausforderung dar: Der Maghreb liegt nahe an Europa, und die europäischen und maghrebinischen Gesellschaften sind vernetzt. Daher könnten auch in Europa Radikalisierung und gewalttätiger Extremismus zunehmen.

Das Wichtigste ist, das Problem auf effektive Weise anzugehen. Repressionsmassnahmen haben ihre Berechtigung im Kampf gegen den

gewalttätigen Extremismus. Um dessen Verbreitung jedoch langfristig zu unterbinden, sind präventive Massnahmen vonnöten, die an den Grundursachen der Radikalisierung ansetzen. Bisher fielen die Fortschritte in diesem Bereich aber unterschiedlich aus. Am einen Ende des Spektrums steht Marokko, das mit viel Einsatz «weiche» Massnahmen entwickelt hat. Am anderen Ende des Spektrums hat der anhaltende Konflikt in Libyen der Umsetzung solcher Massnahmen offensichtliche Grenzen aufgezeigt. Tunesien setzt noch immer stark auf Repressionsmassnahmen – es könnte mehr tun, um die Ursachen von Radikalisierung anzugehen. Präventiven Massnahmen schenkt Tunesien nach wie vor kaum Beachtung. Das könnte nicht nur eine anhaltende Instabilität im Land bedeuten, sondern auch den noch immer fragilen, doch vielversprechenden demokratischen Übergang gefährden.

Tunesiens internationale Partner können der tunesischen Regierung bei der Ursachenbekämpfung von Radikalisierung helfen – nicht nur zur Prävention von gewalttätigem Extremismus (PVE) im Ausland, sondern auch, um den demokratischen Übergang in Tunesien zu unterstützen. Die Schweiz stärkt den Übergang in Tunesien seit der Ausarbeitung ihres Programms zur Förderung von Übergangsprozessen in Nordafrika 2011 prioritär. Darüber hinaus hat die Schweiz kürzlich die Absicht signalisiert, ihre Massnahmen zur Prävention von gewalttätigem Extremismus im Ausland zu verstärken, indem sie ihren Partnern dabei hilft, die politischen und strukturellen Ursachen von Radikalisierung anzugehen. Tunesien wäre ein guter Ausgangspunkt für die Schweiz, um ihre Tätigkeiten im Bereich PVE im Maghreb zu intensivieren.

In diesem Kapitel wird zunächst eine Übersicht über den Dschihadismus und seine Ursachen in Libyen, Marokko und Tunesien dargelegt. Danach werden bereits umgesetzte Massnahmen zur Prävention von gewalttätigem Extremismus in diesen Ländern untersucht. Zum Schluss werden PVE in der Schweizer Aussenpolitik sowie das Schweizer PVE-Engagement in Tunesien angesprochen. Es wird aufgezeigt, dass der Ansatz in der Schweizer Strategie für Nordafrika sich bereits für PVE-relevante Massnahmen eignet. Trotzdem soll der aussenpolitische Aktionsplan zur Prävention von gewalttätigem Extremismus den Schweizer PVE-Bemühungen in Tunesien mehr Antrieb verleihen. Ausserdem beschreibt er neue Aktionsfelder, die zu Projekten mit spezifischem Fokus auf PVE führen würden.

## 1 DSCHIHAD-SALAFISMUS IN LIBYEN, MAROKKO UND TUNESIEN

Der Salafismus ist eine weitgreifende Reformbewegung unter den Sunniten, wozu auch die auf der Arabischen Halbinsel entstandene Variante des Wahhabismus zählt. Anhänger des Salafismus/Wahhabismus wollen eine reinere Form der islamischen Praxis, indem sie den strenggläubigen Religionspraktiken der ersten drei muslimischen Generationen nach Prophet Mohammed nachstreben.<sup>1</sup> Menschen mit dschihadistischer Orientierung sehen Gewalt als legitimes Mittel zur Verbreitung ihrer Meinung und messen der islamischen Praxis für Gesellschaft und Politik zentrale Bedeutung zu.

Der dschihadistische Salafismus ist in Libyen, Marokko und Tunesien kein neues Phänomen. In diesen Ländern setzte sich die Ideologie der radikalen Salafisten in den 1980er- und 1990er-Jahren fest, als einige dschihadistische Salafistengruppen entstanden. Die meisten verfolgten national begrenzte Ziele, vor allem den Sturz eines vermeintlich unrechtmässigen Machthabers.<sup>2</sup> Allerdings verliessen Libyer, Marokkaner und Tunesier auch ihre Länder, um in Afghanistan, im Irak oder in anderen Konfliktzonen zu kämpfen. Bei ihrer Rückkehr brachten sie Teile der global-dschihadistischen Ideologie von Al-Kaida mit in ihre Heimatländer.<sup>3</sup>

Der Aufstand 2010 in Tunesien, die Unruhen 2011 in Marokko sowie die Konflikte in Libyen, Syrien und dem Irak schufen den Nährboden für die weitere Ausbreitung der dschihadistischen Szenen in Libyen, Marokko und Tunesien sowie für eine neue Generation von *Foreign*

- 1 Joas Wagemakers, «Salafism», in: *Oxford Research Encyclopedia of Religion*, August 2016, S.1.
- 2 Yehudit Ronen, «Qadhafi and Militant Islamism: Unprecedented Conflict», in: *Middle East Studies* 38, Nr. 4 (2002), S. 1f., 9; Rogelio Alonso / Marcos Garcia Rey, «The Evolution of Jihadist Terrorism in Morocco», in: *Terrorism and Political Violence* 19, Nr. 4 (2007), S. 573; Stefano M. Torelli / Fabio Merone / Francesco Cavatorta, «Salafism in Tunisia: Challenges and Opportunities for Democratization», in: *Middle East Policy* 19, Nr. 4 (2012), S. 142.
- 3 Alison Pargeter, «Radicalisation in Tunisia», in: George Joffé (Hrsg.), *Islamist Radicalisation in North Africa* (Abingdon, New York: Routledge, 2012), S. 83; Alonso/Rey, *Jihadist Terrorism*, S. 579; Anneli Botha, «Terrorism in the Maghreb: The Transnationalisation of Domestic Terrorism», *ISS Africa Monograph Series* Nr. 144 (2008), S. 89; Alia Brahimi, «Islam in Libya», in: George Joffé (Hrsg.), *Islamist Radicalisation in North Africa* (Abingdon, New York: Routledge, 2012), S. 19; Jeffrey Palmer, «The Clear Banner: The Death of Moroccan Exceptionalism: A Brief History of Moroccan Salafi Jihadism and Current Jihadist Trends», in: *Jihadology*, 5.9.2014.

*Fighters*<sup>4</sup>. Von diesen sind einige entweder in ihre Heimatländer zurückgekehrt oder werden noch zurückkehren und dadurch weitere Veränderungen in den jeweiligen dschihadistischen Milieus ihrer Heimatstaaten verursachen. Diese Veränderungen sind zum Teil bereits spürbar.

Heute sind dschihadistische Salafisten in Libyen stark präsent. Das Land ist zum Rückzugsort für zahlreiche lokale dschihadistische Gruppen und Milizen mit vorrangig nationalem Schwerpunkt geworden.<sup>5</sup> Auch länderübergreifende Dschihadistengruppen haben ihre Stellung

### **Tunesien und Marokko zählen zu den wichtigsten Heimatländern der Foreign Fighters im syrischen Kampfgebiet.**

in Libyen ausbauen können – darunter vor allem der regionale Ableger der Al-Kaida, Al-Kaida im islamischen Maghreb (AQIM), und der Islamische Staat (IS), der sich durch libysche *Foreign Fighters*, die 2014 aus dem Konflikt in Syrien

zurückkehrten, festsetzen konnte. Dies zeigt klar, welches Risiko «Dschihadrückkehrer» darstellen können.<sup>6</sup>

In Tunesien entstand nach Zine Ben Alis Sturz *Ansar al-Scharia*<sup>7</sup>, eine bekannte lokale dschihadistische Salafistengruppe, die sich in der Zwischenzeit gespalten hat und durch deren Einfluss sich die Anzahl der nicht-institutionalisierten dschihadistischen Salafisten weiter erhöhte. Auch Untergruppierungen der AQIM und des IS sind im Land präsent.<sup>8</sup> Darüber hinaus gab es Schätzungen, dass Ende 2015 / Anfang 2016 über 3000 Tunesier in Syrien kämpften, womit Tunesien der

4 Der Begriff «Foreign Fighters» bezieht sich auf Individuen, die ihr Heimatland verlassen, um in dschihadistischen Gruppen im Ausland zu trainieren oder kämpfen.

5 Vgl. Aussenministerium der Niederlande, *Libya: Militias, Tribes and Islamists*, 19.12.2014; Counter Extremism Project, *Libya: Extremism & Counter-Extremism*.

6 Vgl. Lisa Watanabe, «Islamic State in North Africa: Still There, Struggling to Expand», in: *Middle East Policy* 24, Nr. 2 (2017), S. 137–47.

7 Vgl. Christine Petrè, «Tunisian Salafism: The Rise and Fall of Ansar al-Sharia», in: *FRIDE Policy Brief* Nr. 209, Oktober 2015.

8 Sarah R. Loudon, «Political Islamism in Tunisia: A History of Repression and a Complex Forum for Potential Change», in: *Matbal* 4, Nr. 1 (2015), S. 14; Haim Malka / Margo Balboni, «Violence in Tunisia: Analyzing Terrorism and Political Violence after the Revolution», *The Foreign Fighter Project*, CSIS, Juni 2016; Watanabe, *IS in North Africa*, S. 140; Daveed Gartenstein-Ross / Bridget Moreng, *Tunisian Jihadism after the Sousse Massacre*, Combating Terrorism Center, 22.10.2015.

grösste «Exporteur» von *Foreign Fighters* in diese Konfliktzone ist.<sup>9</sup> Für tunesische Dschihadisten war Libyen ebenfalls ein beliebtes Ziel.<sup>10</sup> Bis heute sind von den tunesischen Staatsangehörigen, die seit 2011 im Ausland gekämpft haben, annähernd 800 tunesische zurückgekehrte *Foreign Fighters* bekannt.<sup>11</sup>

Marokko gilt häufig als Ausnahme, wenn es um die aktuellen Trends des dschihadistischen Salafismus im Maghreb geht. Doch auch dieses Land erlebte 2012 die Entstehung der lokalen dschihadistischen Salafistengruppe Ansar al-Scharia. Gleichzeitig drückt die marokkanische Regierung ihre Sorgen bezüglich der ungefähr 2000 marokkanischen IS-Anhänger im Land aus.<sup>12</sup> Genau wie Tunesien zählt Marokko zu den wichtigsten Heimatländern der *Foreign Fighters* im syrischen Kampfgebiet. Ungefähr 1600 marokkanische Kämpfer dürften nach Syrien und in den Irak gegangen sein. Marokkaner sind auch nach Libyen gereist, um dort Dschihad zu führen – wenn auch in geringerer Anzahl.<sup>13</sup> Von ungefähr 200 Marokkanern ist bekannt, dass sie zurückgekehrt sind.<sup>14</sup>

## 2 TREIBENDE KRÄFTE DER RADIKALISIERUNG

Die Zunahme von gewalttätigem Extremismus in diesen Ländern und die hohe Anzahl von *Foreign Fighters* aus Marokko und Tunesien werfen die Frage auf, welche Ursachen der Radikalisierung und der Entstehung von gewalttätigem Extremismus in diesen Ländern zugrunde liegen. Zwar besteht ein allgemeiner Konsens darüber, dass nicht nur ein Weg

9 UNO-Sicherheitsrat, *Letter Dated 15 December 2015 from the Chair of the Security Council Committee Established Pursuant to Resolution 1373 (2001) Concerning Counter-terrorism Addressed to the President of the Security Council*, 29.12.2015, S. 10.

10 Malka/Balboni, *Violence in Tunisia*.

11 «Tunisia: Premier, Arrest for Foreign Fighters Who Return», in: *Ansamed*, 30.12.2016.

12 Alewtina Schuckmann, *Salafism and Jihadism in Morocco*, Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam, Februar 2015, S. 4.

13 «As ISIS Weakens, Morocco Faces Threat of Returning Fighters», in: *Morocco Worlds News*, 12.7.2017; Mohammed Masbah, «Moroccan Foreign Fighters: Evolution of the Phenomenon, Promotive Factors, and the Limits of Hardline Policies», in: *SWP Comment* 46 (2015), S. 2; Palmer, *The Clear Banner*.

14 «Morocco Says It Breaks up Militant Cell Recruiting for ISIS», in: *Reuters*, 17.1.2015.

in die Radikalisierung führt.<sup>15</sup> Die qualitative Forschung legt jedoch den Schluss nahe, dass die Umstände, die zur Radikalisierung führen (Push-Faktoren), sowie individuelle Motivationen (Pull-Faktoren) zentral sind, um den Aufstieg des dschihadistischen Salafismus nachvollziehen zu können. Solche Faktoren können auf verschiedene Art und Weise zusammenspielen und zu Radikalisierung beitragen. Wenn auch nicht alle für Radikalisierung relevanten Faktoren auf Libyen, Marokko und Tunesien zutreffen, gibt es anscheinend doch eine gewisse Anzahl Risikofaktoren, die in mindestens zwei, wenn nicht in allen drei Ländern verbreitet sind.

Um zu verstehen, warum der dschihadistische Salafismus an Boden gewinnen konnte, muss zunächst der historische Kontext betrachtet werden, der diesen Strömungen zugrunde liegt. Traditionelle religiöse Institutionen in Libyen und Tunesien wurden geschwächt und gaben so mehr ideologischen Platz für den dschihadistischen Salafismus frei. Ab Mitte der 1970er-Jahre setzte Muammar al-Gaddafi Massnahmen um, welche die Autorität der religiösen Institutionen in Libyen unterminierte: Er sorgte dafür, dass die *Ulema*, die islamischen Kleriker, ihre Rolle als Hüter der Religion und damit ihre Legitimität verloren, und förderte eine Interpretation des Islam, die viele Libyer als ketzerisch ansahen.<sup>16</sup> Habib Bourguiba, Ben Alis Vorgänger, startete ebenfalls einen Angriff auf die religiöse Oberschicht, auch wenn er ein anderes Ziel verfolgte, nämlich die Umsetzung eines modernistischen Projekts. Er löste die Zitouna-Moschee und ihre Ableger und damit die Sitze der religiösen Lehre und Unterweisung für das ganze Land auf.<sup>17</sup>

Die staatliche Unterdrückung moderater Islamisten, wie zum Beispiel lokaler Untergruppierungen der in Ägypten gegründeten Muslimbruderschaft, begünstigte einerseits die radikalen Strömungen innerhalb des Islamismus und schuf andererseits Lücken, welche diese Strömun-

15 Peter Romaniuk, *Does CVE Work? Lessons from the Global Effort to Counter Violent Extremism*, The Global Center on Cooperative Security, September 2015, S. 7.

16 Kawther Alfasi, «Islamism(s) in Libya: The Negotiation of Political Identity», in: *Islamism and the Arab Uprisings*, A CASAW-AHRC People Power and State Power Network Report, Juni 2014, S. 31; Brahimi, *Islam in Libya*, S. 13.

17 Mehdi Mabrouk, «The Radicalisation of Religious Policy», in: George Joffé (Hrsg.), *Islamist Radicalisation in North Africa: Politics and Process* (Abingdon, New York: Routledge, 2012), S. 51f.

gen füllen konnten. Als in den 1980er- und 1990er-Jahren die Muslimbruderschaft in Libyen und die von der Muslimbruderschaft inspirierte *Ennahda* (sowie ihre Vorgängerin, die *Mouvement de la tendance Islamique*) in Tunesien gewaltsam unterdrückt wurden, entstanden dschihadistische Salafistengruppen und Bewegungen mit dem Ziel, die herrschenden Regimes zu stürzen. Die Situation in Marokko stellte sich in gewisser Weise anders dar. Im selben Zeitraum förderte der Staat die Ausbreitung des Wahhabismus, um die religiöse Glaubwürdigkeit des Establishments zu verstärken und den Einfluss der islamistischen Oppositionsbewegung *al-Adl Wal Ihsan* zu schwächen. Dies führte ungewollt dazu, dass einige Personen sich dem dschihadistischen Salafismus anschlossen.<sup>18</sup>

**Religiöse Institutionen wurden geschwächt und gaben so mehr ideologischen Platz für den dschihadistischen Salafismus frei.**

Vermutlich schürten auch das übermässige Vertrauen auf repressive Massnahmen und die daraus entstandenen willkürlichen Massenverhaftungen, Folter- und Misshandlungsfälle die Feindseligkeit gegenüber dem Staat und damit die Radikalisierung. Innerhalb eines Jahres nach den Anschlägen von Casablanca 2003 wurden geschätzte 2000 Menschen verhaftet. Ein Teil davon wurde schuldig gesprochen, es kam auch zu Todesurteilen. Es tauchten zudem Berichte über Misshandlung und Folter auf.<sup>19</sup> Die tunesischen Behörden verfolgten nach dem Anschlag von Djerba 2002<sup>20</sup> einen ähnlichen Schleppnetz-Ansatz, der heute als Reaktion auf die seit 2012 zunehmenden gewalttätigen und extremistischen Taten erneut Anwendung findet. Statistiken aus dem Jahr 2015 (Januar–November) zeigen, dass von den fast 3000 Personen, die für Straftaten im Zusammenhang mit Terrorismus festgenommen wurden, ungefähr die Hälfte wieder freigelassen wurde. Es wurden ebenfalls

18 Alonso/Rey, *Jihadist Terrorism*, S. 573.

19 Ebd., S. 584.

20 Pargeter, *Radicalisation*, S. 82f.

Fälle von Misshandlung und Folter in Gefangenschaft gemeldet.<sup>21</sup> Auch der Freiheitsentzug an sich kann zu Radikalisierung führen, vor allem unter schlimmen Bedingungen und wenn der Groll unter den Gefangenen bereits stark ist.<sup>22</sup>

Zusätzlich zu diesen Push-Faktoren im Zusammenhang mit politischen Entwicklungen sind auch einige strukturelle Ursachen relevant. Ausgrenzungen verschiedenster Art scheinen ebenfalls Einfluss auf die Radikalisierung zu haben. Wahre Brutstätten der Radikalisierung entstehen früher wie heute tendenziell in vernachlässigten Regionen und in Vierteln grosser städtischer Ballungszentren, wo Armut und Jugendarbeitslosigkeit hoch sind und die Bewohner keinen Zugang zur Grundversorgung haben.<sup>23</sup> Die Missstände und das Gefühl, vom Staat im Stich gelassen worden zu sein, sind in diesen Gebieten meist besonders dominant und erhöhen so die Anfälligkeit für gewalttätig-extremistisches Gedankengut. Unter Gaddafi wurde das östliche Libyen vernachlässigt und gilt heute – genauso wie die grössten Städte der Region, unter anderem Derna und Bengasi – als Zentrum der Radikalisierung und Exporteur von *Foreign Fighters*.<sup>24</sup> In Tunesien wurden während Ben Alis Herrschaft das Landesinnere und der Süden entwicklungspolitisch übersehen. In diesen Gebieten sowie in einigen unterprivilegierten Stadtteilen in Tunis ballt sich heute der Dschihadismus.<sup>25</sup> In Marokko weisen die nordwestliche Jebala-Region und benachteiligte Viertel grosser

21 Torelli, «The Multi-faceted Dimensions of Tunisian Salafism», in: Francesco Cavatorta / Fabio Merone (Hrsg.), *Salafism after the Arab Awakening: Contending with People's Power* (London: Hurst and Company, 2016), S. 165f.; Haim Malka / Margo Balboni, «Fighting Radicalism: A Generational Struggle», *The Foreign Fighter Project*, CSIS, Juni 2016.

22 Alonso/Rey, *Jihadist Terrorism*, S. 584; Valentina Colombo, «Multiple Layers of Marginalization as a Paradigm of Tunisian Hotbeds of Jihadism», in: Arturo Varvelli (Hrsg.), *Jihadist Hotbeds: Understanding Local Radicalization Processes* (Mailand: IPSI, 2016), S. 108f.; Anouar Boukhars, *The Geographic Trajectory of Conflict and Militancy in Tunisia*, Carnegie Endowment for International Peace, 20.7.2017.

23 Alison Pargeter, «Localism and Radicalization in North Africa: Local Factors and the Development of Political Islam in Morocco Tunisia and Libya», in: *International Affairs* 85, Nr. 5 (2009), S. 1031–1038; Ali Soufan / Daniel Schoenfeld, «Regional Hotbeds as Drivers of Radicalization», in: Arturo Varvelli (Hrsg.), *Jihadist Hotbeds: Understanding Local Radicalization Processes* (Mailand: IPSI, 2016), S. 21ff.; Alonso/Rey, *Jihadist Terrorism*, S. 575.

24 Noman Benotman / Jason Pack / James Brandon, «Islamists», in: Jason Pack (Hrsg.), *The 2011 Libyan Uprisings and the Struggle for the Post-Qadhafi Future* (New York: Palgrave Macmillan, 2013), S. 210; Watanabe, *IS in North Africa*, S. 138.

25 Soufan/Schoenfeld, *Regional Hotbeds*, S. 20f.



Städte wie etwa Tanger und Casablanca ebenfalls ein hohes Radikalisierungsniveau auf.<sup>26</sup> Gerade solche Brutstätten tragen zur Radikalisierung bei, da eine Anwerbung meistens innerhalb sozialer Gruppen vonstattengeht.

Entfremdung kann auch durch den politischen Ausschluss der Jugend oder anderer Gruppen entstehen. In Marokko scheint das Gefühl der Entmündigung und der Vernachlässigung durch Regierungsinstitutionen zur Radikalisierung beizutragen. Durch Korruption und das träge Voranschreiten politischer Reformen entsteht oft Frustration.<sup>27</sup> Junge Tunesier, von denen viele sich an der Revolution beteiligt hatten, fühlen sich ebenfalls vom Entscheidungsfindungsprozess ausgeschlossen.<sup>28</sup> Dies scheint nicht nur zu einem Gefühl der Machtlosigkeit, sondern auch zur Desillusionierung dem demokratischen Übergangsprozess gegenüber zu führen.<sup>29</sup> In Libyen hat die politische Marginalisierung in der Nach-Gaddafi-Ära dem IS das Eindringen in Städte wie Sirte und Bani Walid, die auf Gaddafis Seite standen, ermöglicht.

Neben diesen Push-Faktoren haben der Konflikt in Syrien sowie der Aufstieg des IS im Irak, Syrien und Libyen selber auch Pull-Faktoren hervorgerufen. Die lokale dschihadistische und IS-Propaganda hat sich den Wunsch der entmachteten Jugend nach einer Aufgabe und politischem Engagement zunutze gemacht, indem sie entweder dazu aufrief, die sunnitischen Brüder in ihrem Kampf gegen das Assad-Regime zu unterstützen oder Teil einer Entscheidungsschlacht zwischen Muslimen und Ungläubigen zu werden. Finanzielle und materielle Versprechungen wurden ebenfalls als Köder eingesetzt, um Menschen nach Syrien und in den Irak zu locken.<sup>30</sup> Als der IS in Syrien und im Irak zunehmend unter Druck geriet, ermutigte der IS-Anführer Abu Bakr al-Baghdadi die Kämpfer, nach Libyen zu reisen, um dort Dschihad zu führen. Die geografische Nähe Libyens könnte Marokkaner und Tunesier ebenfalls motiviert haben, für eine Ausbildung oder den Kampf nach Libyen zu reisen.

26 Pargeter, *Localism and Radicalization*, S. 1032.

27 Masbah, *Moroccan Foreign Fighters*, S. 5.

28 Colombo, *Multiple Layers of Marginalization*, S. 114.

29 Boukhars, *Geographic Trajectory*.

30 Masbah, *Moroccan Foreign Fighters*, S. 4ff.;

### 3 EINZELSTAATLICHE PVE-ERFAHRUNGEN IM MAGHREB

Das Ausmass der einzelstaatlichen Reaktionen auf die Radikalisierung und deren Auswirkungen auf die genannten Push- und Pull-Faktoren waren bis jetzt – gelinde gesagt – unterschiedlich. Der in Libyen seit 2014 andauernde zweite Bürgerkrieg sowie die aktuelle Pattsituation im Friedensprozess verunmöglichen staatliche PVE-Massnahmen grösstenteils. Die von der UNO unterstützte Regierung der nationalen Einheit (*Government of National Accord*, GNA) konzentriert sich vielmehr auf die Bekämpfung der IS-Truppen. Jedoch sind Massnahmen im PVE-Bereich sowohl in Marokko als auch Tunesien möglich, wenn auch mit sehr unterschiedlichen Ergebnissen.

Sowohl Marokko als auch Tunesien konzentrieren sich stark darauf, mehr staatliche Kontrolle auf den religiösen Lebensbereich auszuüben. Umgesetzt haben sie dies, indem sie nicht staatlich anerkannte Imame entliessen, illegale Moscheen schlossen, die Öffnungszeiten von Moscheen einschränkten, Predigten überwachten und Imame ausbildeten. Um die Lücke der religiösen Führung im Land zu schliessen, hat Tunesien ausserdem die Zitouna-Moschee wieder eröffnet.<sup>31</sup> Marokko hat mit der Schaffung einer der Religion gewidmeten TV- und Radiostation Massnahmen umgesetzt, um einen staatlich anerkannten Islam auf modernem Weg zu verbreiten. Gleichermassen haben die marokkanischen Behörden ein Ausbildungsprogramm für weibliche Religionsberaterinnen (*Mourshidat*) ausgearbeitet. Diese dürften Frauen, von denen einige anfällig für die dschihadistische Ideologie<sup>32</sup> sein könnten, vermutlich eher erreichen als ihre männlichen Kollegen.

Seit zwei Jahrzehnten will Marokko bewusst einen inklusiven Umgang mit dem moderaten Islamismus finden, zum Teil, um dem Dschihadismus nicht noch mehr Zündstoff zu liefern. Die grösste Vertreterin ist die von der Muslimbruderschaft inspirierte Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (*Parti de la justice et du développement*, PJD).<sup>33</sup> In vergangenen Jahren hat die Regierung sogar ihre rigorose Haltung gegen-

31 Malka/Balboni, *Fighting Radicalism*; Christine Petré, «How Tunisia's Moderate Imams Are Seeking to Reclaim Islam from Extremists», in: *Al-Monitor*, 8.12.2015; Driss Maghraoui, «The Strengths and Limits of Religious Reforms in Morocco», in: *Mediterranean Politics* 14, Nr. 2 (2009), S. 201.

32 Ebd., S. 206.

33 Alonso/Rey, *Jihadist Terrorism*, S. 574.

über politischen Engagements der Salafisten geändert, um so radikalere Strömungen innerhalb des Salafismus zu bekämpfen.<sup>34</sup> Obwohl in Tunesien islamistische Parteien wie insbesondere die *Ennahda*, eine politische Partei nach dem Vorbild der Muslimbruderschaft, seit Ben Alis Sturz in die politischen Institutionen Tunesiens integriert sind, war die Einbindung von *Ennahda* zuweilen heikel – vor allem, da extremistische Handlungen weiter zugenommen haben.

Um den Rückstoss aufzufangen, den die repressiven Massnahmen zur Bekämpfung des gewalttätigen Extremismus verursachen, muss die Gouvernanz des Sicherheitssektors verbessert werden. Marokko hat Schritte zur Verbesserung der Überwachung und der Rechenschaftspflicht von Sicherheitskräften unternommen. Obwohl diese Massnahmen im breiteren Rahmen der demokratischen Reformen beschlossen wurden, scheint man sich bewusst zu sein, dass diese Massnahmen auch für PVE relevant sind. Vor allem im Hinblick auf die Rechenschaftspflicht wird das deutlich.<sup>35</sup> In den marokkanischen Gefängnissen werden ebenfalls Bemühungen zur Deradikalisierung unternommen. Mitglieder von staatlich anerkannten religiösen Leitinstitutionen wie dem Ministerium für Islamische Angelegenheiten bieten religiöse Führung an. Die Wiedereingliederung von Gefangenen wird durch Bildungsangebote sowie Unterstützung bei der Arbeitssuche nach der Entlassung vereinfacht.<sup>36</sup> In Tunesien mangelt es trotz einiger entsprechender Reformfortschritte noch immer an einer Überwachung des Sicherheitssektors, und Sicherheitskräfte agieren weiterhin straffrei.<sup>37</sup> Ausserdem gibt es weder Deradikalisierungs- noch Wiedereingliederungsprogramme.<sup>38</sup>

34 Salim Hmimnat, «Recalibrating Morocco's Approach to Salafism», *Carnegie Endowment for International Peace*, 14.1.2016.

35 Abdalla Saaf, «Democratic Governance of Security in Morocco», *Arab Reform Initiative*, August 2012, S. 14f; Khalid Chegraoui, «Anti-terrorism Policies in Morocco: From a Security Approach to a Holistic Approach», in: Abu Rumann / Mohammed Suliman et. al. (Hrsg.), *Methods in Preventing and Countering Terrorism in the MENA Region and the West* (Amman: Friedrich-Ebert-Stiftung 2016), S. 123f.

36 Mohamed Salah Tamek, «Morocco's Approach to Countering Violent Extremism», The Washington Institute for Near East Policy, in: *Policy Watch* 2254 (2014).

37 Torelli, *Multi-faceted Dimensions*, S. 165; Malka/Balboni, *Fighting Radicalism*; Julie Schneider, «Le dilemme tunisien face au terrorisme», in: *Orient* 21 (2014).

38 Interview mit Mohamed Iqbal ben Rejeb, Präsident und Gründer der *Rescue Association of Tunisians Trapped Abroad* (RATTA), 25.5.2017.

Die marokkanische Regierung hat der sozioökonomischen Marginalisierung einen hohen Stellenwert als Risikofaktor eingeräumt. Sie hat ein Projekt zur Schaffung von Investitionszentren in sozial benachteiligten Regionen sowie ein Programm mit dem Namen «*Villes sans Bidonvilles*» (Städte ohne Slums) aufgelegt, um in unterprivilegierten Vierteln grosser Städte bessere Bedingungen zu schaffen. Ausserdem wurden

**Marokko ist viele treibende Kräfte der Radikalisierung mit beachtlichem Fortschritt angegangen.**

in diesen Gebieten gemeinschaftliche Verbindungsbüros aufgebaut, um den Kontakt zwischen Bürgern und Staat zu fördern. Ebenso wurde in Sidi Moumen – einem vernachlässigten Viertel in Casablanca, aus dem auch die Täter der Bombenanschläge

2003 in Casablanca stammten – ein Bürgerzentrum eröffnet. Zweck des Zentrums ist die Organisation kultureller Anlässe, die Durchführung von Alphabetisierungsprogrammen sowie die Ausgabe von Mikrokrediten.<sup>39</sup> Diese Massnahmen wurden durch die Nationale Initiative für Menschliche Entwicklung (*Initiative Nationale pour le Développement Humain*, INDH) ergänzt, welche die Anfälligkeit von jungen Menschen, die unter Armut und Analphabetismus leiden, reduzieren soll.<sup>40</sup> Die tunesische Regierung hinkt bei der Minderung sozioökonomischer Marginalisierung weit hinterher, scheint aber verstanden zu haben, wie schwer dieses Problem wiegt. Darum hat sie kürzlich Pläne für die Schaffung einer Freihandelszone in der Südstadt von Ben Guerdane angekündigt – einem bekannten Brennpunkt der Radikalisierung.<sup>41</sup> Besorgniserregend bleibt jedoch, dass beide Länder kaum etwas gegen den politischen Abschluss der Jugend unternehmen.

Marokko und Tunesien gehen die Pull-Faktoren in Form regionaler Entwicklungen juristisch an: Sie haben die Ausbildung oder den Kampf in einem ausländischen Konflikt zu einer strafbaren Handlung gemacht mit dem Ziel, den Strom der *Foreign Fighters* zu drosseln. Tu-

39 Alonso/Rey, *Jihadist Terrorism*, S. 585; Schuckmann, *Salafism and Jihadism*, S. 5.

40 Assia Bensalah Alaoui, «Morocco's Security Strategy: Preventing Terrorism and Countering Extremism», in: *European Review* 16, Nr. 1 (2017), S. 111.

41 Almunji Alsaiddani, «Free Trade Zone in Ben Guardane Post Terrorist Attack», in: *As-harq Al-Wasat*, 9.3.2016; Zeinab Marzouk, «Ben Guerdane to Host Free Trade Zone», in: *Tunisianlive*, 28.3.2016.

nesien hat ausserdem Reiseverbote für männliche Einwohner unter 35, die aus ländlichen Gegenden stammen, sowie für bekannte Extremisten erlassen.<sup>42</sup> Beide Länder verfolgen einen extremen, streng juristischen Ansatz im Umgang mit zurückkehrenden *Foreign Fighters*: Diese werden im Wesentlichen einfach verhaftet.<sup>43</sup> Während die Deradikalisierungs- und Wiedereingliederungsprogramme in marokkanischen Gefängnissen prinzipiell auch Rückkehrern offenstehen, haben Rückkehrer nach Tunesien diese Möglichkeit nicht – das Risiko der Radikalisierung und Anwerbung innerhalb der Gefängnisse steigt somit an. Darüber hinaus unterscheiden beide Länder nicht zwischen zurückkehrenden Kämpfern, die stark indoktriniert sind und eine Bedrohung der Sicherheit darstellen, und solchen Rückkehrern, die nicht vollständig indoktriniert und eher bereit sind, sich wieder in die Gesellschaft einzugliedern.

Demnach besteht in Tunesien weiterhin grosser Handlungsbedarf, während Marokko viele treibende Kräfte der Radikalisierung mit beachtlichem Fortschritt angegangen ist. Aktuell stützen sich die tunesischen Behörden bei der Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus zumeist auf repressive Massnahmen, vergessen dabei aber weitgehend die Ursachen der Radikalisierung und versäumen deshalb die Möglichkeit, gewalttätigen Extremismus langfristig einzudämmen. Das könnte für Tunesien nicht nur mehr Instabilität bedeuten, sondern auch die demokratischen Erfolge des Landes gefährden. Internationale Partner von Tunesien können und sollen der tunesischen Regierung bei der Ausarbeitung eines umfassenderen PVE-Ansatzes zur Seite stehen, mit dem Ziel, nicht nur gewalttätigen Extremismus im Ausland (und in der Heimat) zu verhindern, sondern auch den demokratischen Übergang des Landes zu unterstützen.

#### 4 SCHWEIZER AUSSENPOLITIK GIBT PVE NEUEN ANSTOSS

Seit Mitte der 2000er-Jahre hat die Notwendigkeit, gewalttätigen Extremismus mit präventiven statt nur repressiven Massnahmen anzugehen,

42 Lisa Watanabe, *Foreign Fighters and Their Return: Measures Taken by North African Countries* (Zürich: CSS/ETH, 2015), S. 8 und 10; Chris Wheeler, «Lingering Problems of Radicalisation in Tunisia», in: *Gulf Affairs Magazine*, 31.10.2016.

43 Tunisia: Premier, Arrest for Foreign Fighters; «Reports: Morocco One of Main Foreign Fighter Exporters», in: *Daily Sabah*, 8.11.2015.

weltweit an Zugkraft gewonnen.<sup>44</sup> Im Weissen Haus in Washington kamen im Februar 2015 am «CVE-Gipfel» fast 70 Regierungsvertreter aus aller Welt zusammen und diskutierten verschiedene Ansätze zur Bekämpfung der Wurzeln von gewalttätiger Extremismus. Dies geschah im Vorfeld der UNO-Generalversammlung 2015 und verschaffte dieser Agenda zusätzliche Triebkraft.<sup>45</sup> Der im Dezember 2015 veröffentlichte «Aktionsplan zur Verhütung des gewalttätigen Extremismus» des UNO-Generalsekretärs verlieh der Debatte weitere Impulse. Der Aktionsplan strich den anhaltenden Bedarf heraus, die Umstände, die als Nährboden für gewalttätigen Extremismus dienen, anzugehen und die Menschenrechte sowie die Rechtsstaatlichkeit bei Anti-Terror-Bemühungen zu respektieren.<sup>46</sup>

Die Erkenntnis, dass die Prävention von gewalttätigem Extremismus nicht nur im heimischen, sondern auch im ausländischen Kontext Massnahmen verlangt, hat sich ebenfalls weiter verbreitet.<sup>47</sup> Die Strategie der EU zur Bekämpfung von Radikalisierung und Anwerbung für den

**Das internationale  
Genf stellt im  
PVE-Bereich ein  
wichtiges Instrument  
der Schweizer  
Aussenpolitik dar.**

Terrorismus aus dem Jahr 2005 wurde 2014 überarbeitet und unterstreicht beispielsweise die Notwendigkeit, «interne und externe Arbeiten zur Bekämpfung der Radikalisierung anzugleichen».<sup>48</sup>

Die Mitteilung der Europäischen Kommission aus dem Jahr 2016 mit dem Titel «Unterstützung der Prävention von Radikalisierung, die zu extremistisch motivierter Gewalt führt» betonte unter dem Titel «Die internationale Dimension» ausserdem die Notwendigkeit einer Unterstützung für Drittländer mit Antworten, die auf Strafverfolgung zielen und mit den Menschenrechten vereinbar sind, sowie der Ur-

44 Owen Frazer / Christian Nünlist, «The Concept of Countering Violent Extremism», in: *CSS Analyses in Security Policy* Nr. 183 (2015), S. 2.

45 The White House Office of the Press Secretary, *Fact Sheet: The White House Summit on Countering Violent Extremism*, 18.2.2015.

46 UNO-Generalversammlung, *Plan of Action to Prevent Violent Extremism: Report of the Secretary-General*, 24.12.2015, S. 3.

47 Romaniuk, *Does CVE Work?*, S. 29.

48 Rat der Europäischen Union, *Revised EU Strategy for Combating Radicalisation and Recruitment to Terrorism*, 19.5.2014, S. 5.

sachenbekämpfung bestimmter Formen der Radikalisierung.<sup>49</sup> Beide Stellen beziehen sich klar auf den Aktionsplan des UNO-Generalsekretärs.

PVE wurde ebenfalls zunehmend als Dimension in die Aussenpolitik integriert – nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass Aussenministerien stark daran beteiligt waren, PVE in die Agenda internationaler Foren aufzunehmen und Massnahmen im Zusammenhang mit PVE umzusetzen. Bis jetzt sind viele Aktivitäten eher PVE-relevant (Aktivitäten, die PVE im Rahmen grösserer Projekte tangieren) als PVE-spezifisch (Aktivitäten mit PVE als oberstes Ziel). Zum Teil wird hier offensichtlich, dass die traditionelle Aussenpolitik oft automatisch in den PVE-Bereich übergeht. Es zeigt sich aber auch eine Zurückhaltung innerhalb der Aussenministerien, wenn es darum geht, ihre Aktivitäten als PVE-spezifisch zu definieren.<sup>50</sup>

Auch die Schweiz folgt dieser Tendenz und trägt vor allem durch PVE-relevante Massnahmen im Zusammenhang mit der Förderung internationaler Standards, von Menschenrechten, Frieden und Entwicklung zu PVE im Ausland bei. Das internationale Genf stellt im PVE-Bereich ebenfalls ein wichtiges Instrument der Schweizer Aussenpolitik dar. Die Schweiz unterstützt den *Global Community Engagement and Resilience Fund* (GCERF) in Genf, der die Resilienz gegen den gewalttätigen Extremismus durch die Förderung lokaler Initiativen auf Gemeinschaftsebene stärkt.<sup>51</sup> Den durch den UNO-Aktionsplan des Generalsekretärs sowie die Debatte in der Generalversammlung entstandenen Schwung nutzten die Schweiz und die UNO und organisierten gemeinsam eine internationale Konferenz zur Prävention von gewalttätigem Extremismus. Sie fand im April 2016 in Genf statt und bot die Gelegenheit, Erfahrungen und *Best Practices* im PVE-Bereich auszutauschen.<sup>52</sup>

An der Genfer Konferenz stellte die Schweiz erstmals ihren «Aussenpolitischen Aktionsplan zur Prävention von gewalttätigem Extremismus» vor. Mit diesem neuen Schritt scheint die Schweiz erstmals klar Stellung zur Bedeutung von PVE als Dimension der Aussenpolitik zu

49 Europäische Kommission, *Supporting the Prevention of Radicalisation Leading to Violent Extremism*, 14.6.2016, S. 14.

50 Romaniuk, *Does CVE Work?*, S. 30.

51 Frazer/Nünlist, *Concept*, S. 4.

52 Vgl. Konzeptpapier der Genfer Konferenz.

beziehen. Zweitens will sie ein Rahmenwerk bieten, das die Nutzung traditioneller aussenpolitischer Werkzeuge zu PVE-Zwecken unterstützen soll. Der Ansatz der Schweiz orientiert sich konzeptionell am Aktionsplan des UNO-Generalsekretärs, wie auch im Dokument selber erwähnt wird. Ausserdem ähnelt er zu grossen Teilen den PVE-Ansätzen der UNO, mit der die Schweiz zusammenarbeitet und sich abstimmt, sowie den Ansätzen der EU, mit der die Schweiz ihre Aktionen auf eher loser Basis koordiniert. Die Schweiz strebt in Zusammenarbeit mit ihren Partnern danach, die direkten (also politisch motivierten) und strukturellen Ursachen von gewalttätigem Extremismus in Konflikt-, Transitions- und fragilen Kontexten anzugehen. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Rolle der Jugend und der Frauen. Des Weiteren soll die Rolle des internationalen Genf im PVE-Bereich weiter gestärkt und gefördert werden.<sup>53</sup>

## 5 DAS PVE-ENGAGEMENT DER SCHWEIZ IN TUNESIEN

Schon jetzt bringt der aussenpolitische Aktionsplan der Schweiz zur Prävention von gewalttätigem Extremismus mehr Schwung in die PVE-bezogene Zusammenarbeit mit Tunesien. Am 18. Februar 2016 stattete der tunesische Präsident Béji Caïd Essebsi der Schweiz einen Staatsbesuch ab, bei dem die beiden Länder eine Absichtserklärung zur Prävention von gewalttätigem Extremismus unterzeichneten.<sup>54</sup> Auslöser der Gespräche, die zu dieser Interessensbekundung für einen hochrangigen PVE-Dialog geführt haben, war der aussenpolitische Aktionsplan zur Prävention von gewalttätigem Extremismus.<sup>55</sup> Diese Absichtserklärung zeigt, dass beide Seiten gewillt sind, die Zusammenarbeit im PVE-Bereich zu intensivieren. Der Aktionsplan der Schweiz ist seither Gegenstand hochrangiger Gespräche.<sup>56</sup>

53 Didier Burkhalter, «Preventing Violent Extremism As Key Element in Countering Terrorism: Taking Action At the Roots of Terrorism and Emphasizing Values», Rede an PVE-Konferenz, Genf, 8.4.2016; EDA, *Switzerland's Foreign Policy Action Plan on Preventing Violent Extremism*, S. 6f.

54 Bundesrat, *Liste des documents signés lors de la visite d'Etat tunisienne*, 18.2.2016.

55 Interview mit EDA-Mitarbeiter, 1.8.2011.

56 EDA, *Didier Burkhalter en Tunisie pour réaffirmer les liens d'amitié et prendre la mesure du travail commun qu'il reste à faire*, 8.11.2016.



Allerdings ist die Schweiz aufgrund ihrer Nordafrika-Strategie schon an vielen PVE-Aktivitäten in Tunesien beteiligt. 2011 erarbeitete die Schweiz ein departementübergreifendes Programm zur Unterstützung der demokratischen Übergangsprozesse in Nordafrika.<sup>57</sup> Das Programm hat drei thematische Schwerpunkte: 1) demokratische Transition und Menschenrechte, 2) wirtschaftliche Entwicklung und Schaffung von Arbeitsplätzen und 3) Migrationsfragen und Schutz.<sup>58</sup> Viele innerhalb der ersten zwei Themenbereiche angesiedelte Projekte können als PVE-bezogen eingestuft werden, da sie indirekt zu weniger Anfälligkeit für eine Radikalisierung führen könnten.

Es ist besonders wichtig, dass der demokratische Übergang unterstützt und die Achtung der Menschenrechte angemahnt werden. Nur so können politische Inklusion gefördert und die Missstimmung dezimiert werden, die sich bei einem Radikalisierungsprozess schnell zur gewalttätig-extremistischen Geisteshaltung wandeln kann. Zur Förderung der politischen Inklusion beteiligt sich die Schweiz an der Initiative «Unterstützung von Wahlen in Tunesien» des UNO-Entwicklungsprogramms mit dem Ziel, Tunesiens unabhängige Wahlbehörde sowie die regionalen Wahlbehörden beim Aufbau ihrer Kapazitäten zu bestärken. Mit dem Programm sollen auch die Jugend, Frauen sowie Bevölkerungsmitglieder, die von Analphabetismus betroffen sind, besser über die Funktion von Wahlen im demokratischen Prozess informiert werden. Das Ziel ist, diese Menschen – vor allem in ländlichen und benachteiligten Gebieten des Landes – zur Beteiligung zu ermutigen.<sup>59</sup> Die Schweiz unterstützt ausserdem ein von *International Alert* implementiertes Projekt in zwei Stadtteilen von Tunis (Ettadhamen und Douar Hicher), aus denen eine hohe Anzahl von *Foreign Fighters* stammt. Das Projekt fördert die politische und soziale Inklusion junger Menschen, indem ihnen digitale Tools zur Verfügung gestellt werden, mithilfe derer sie ihr Heimatgebiet kartographieren und die Probleme ihrer Gemeinschaft festhalten können. Die Ergebnisse werden danach

57 Vgl. Lisa Watanabe, «Nach den Arabischen Rebellionen: Eine Neue Schweizer Nordafrikapolitik», in: *Bulletin zur schweizerischen Sicherheitspolitik* (Zürich: CSS/ETH, 2013), S. 71–89; dies., «Ein Schweizer Nordafrika-Programm 2.0», in: *CSS Analysen zur Sicherheitspolitik* Nr. 184 (2015).

58 DEZA, *North Africa (Egypt, Tunisia, Morocco, Libya)*.

59 EDA, *Programme de soutien au processus électoral en Tunisie*.

an die Behörden herangetragen und unterstreichen die Forderungen nach einer verbesserten Grundversorgung.<sup>60</sup>

Die Schweiz unterstützt das *Geneva Centre for the Democratic Control of the Armed Forces* (DCAF) und trägt damit zu den Bemühungen bei, die Überwachung des tunesischen Sicherheitssektors zu verbessern. Dazu gehört die Zusammenarbeit mit verschiedenen Zielgruppen. DCAF arbeitet mit der Kommission für Rechte, Freiheit und auswärtige Angelegenheiten des tunesischen Parlaments zusammen, um das Verständnis für Überwachungsgrundsätze sowie für die Mechanismen zwischen den Parlamentariern und ihren Beratern zu fördern.<sup>61</sup> Ein weiterer Teil der Bemühungen beinhaltet die Stärkung der informellen Überwachung des Sicherheitssektors durch die Bevölkerung und Medien. Zu diesem Zweck sollen Initiativen für den besseren Zugang zu Informationen für die Bevölkerung im Zusammenhang mit dem Sicherheitssektor lanciert sowie eine Zusammenarbeit mit der tunesischen Journalistengewerkschaft aufgebaut werden, um den Journalisten verfeinerte Interviewtechniken im Umgang mit Sicherheitsbeamten zu vermitteln.<sup>62</sup>

Die Schweiz unterstützt auch die Genfer Vereinigung für die Prävention von Folter (ATP) sowie die Weltorganisation gegen Folter, die gemeinsam mit der tunesischen Regierung die Nationale Behörde zur Verhütung von Folter aufgebaut haben – eine Pionierleistung in Nordafrika.<sup>63</sup> DCAF unterstützt als Partnerorganisation der Schweiz den Kapazitätsaufbau der Behörde. Sie organisiert Ausbildungen zur Prävention von Folter, die von einem Schweizer Experten mit Erfahrung bei der Untersuchung von Misshandlungsvorwürfen in Schweizer Gefängnissen durchgeführt werden. Gleichzeitig hilft DCAF der Justiz- und Gesundheitsbehörde dabei, forensische Beweise in die Untersuchungen

60 International Alert, *Strengthening youth participation in Ettadhamen and Douar Hicher*.

61 DCAF Tunesien, *Renforcer le contrôle parlementaire de la sécurité et de la défense en Tunisie*, 19.6.2017.

62 DCAF Tunesien, *DCAF Releases First Version of Marsad: The Tunisian Security Sector Observer*, 10.10.2012; DCAF Tunesien, *Le Ministre de l'intérieur et le DCAF développent un plan d'action pour le «Bilan de communication»*, 24.5.2011; DCAF Tunesien, *Le DCAF organise avec l'Agence Tunis Afrique Presse (TAP) une session de formation relative aux techniques d'interviews d'acteurs du secteur de la sécurité*, 8.6.2017.

63 «Britanniques et Suisses soutiennent la Tunisie contre la torture», in: *Highlights*, 10.12.2014; Bundesrat, *Tunisia's National Authority for the Prevention of Torture visits Switzerland*, 10.2.2017.

von Misshandlungsvorfällen zu integrieren.<sup>64</sup> Ein weiteres Ziel der laufenden Zusammenarbeit von DCAF mit dem tunesischen Innenministerium ist eine bessere Beziehung zwischen der Bevölkerung und den Sicherheitskräften. DCAF vermittelt *Best Practices* für den Zugang zu Informationen über Misshandlungsfälle während der Haft sowie für Beschwerdemechanismen, über welche die Bevölkerung Misshandlungsvorfälle melden kann.<sup>65</sup>

Obwohl im Vergleich weniger für verbesserte Gefängnisbedingungen in Tunesien getan wird, arbeitet DCAF gemeinsam mit dem tunesischen Justizministerium daran, die Gouvernanz des Gefängnisystems zu verbessern. Ausserdem unterstützt DCAF die *Direction Générale des Prisons et de la Ré-éducaion* (DGPR) bei der Zusammenstellung, Analyse und Verbreitung von stimmigen Statistiken über Inhaftierungen, die eine Grundlage für die Einschätzung von Haftbedingungen und für eine mögliche Reform des Gefängnisystems bieten könnten.<sup>66</sup>

**Die Schweiz verfolgt den  
Ansatz, vermehrt den  
dringenden Bedürfnissen  
auf lokaler Ebene  
Rechnung zu tragen.**

Einige Projekte, deren Ziel die wirtschaftliche Entwicklung und Schaffung von Arbeitsplätzen ist, gehen ebenfalls in den PVE-Bereich über, da sie die Förderung von sozioökonomischer Inklusion in benachteiligten Regionen anstreben und der Fokus oftmals spezifisch auf der Jugend liegt. Diese Entwicklung kann vor allem darauf zurückverfolgt werden, dass die Schweiz in ihrem Nordafrika-Programm den Ansatz verfolgt, vermehrt den dringenden Bedürfnissen auf lokaler Ebene Rechnung zu tragen. Bei der praktischen Umsetzung wurde der Fokus

64 DCAF Tunesien, *Le DCAF dispense une formation aux membres de l'INPT sur les questions médico-légales relatives aux mauvais traitements et à la torture*, 16.11.2016; DCAF Tunesien, *Un groupe de travail entame ses activités sur le renforcement de la production et de l'utilisation de preuves médico-légales dans les enquêtes portant sur des allégations de mauvais traitement et de torture*, 9.1.2016.

65 DCAF Tunesien, *Le DCAF anime un débat sur le renforcement de la transparence en matière de garde à vue par la police*, 25.11.2014.

66 DCAF Tunesien, *Le Ministère de la justice et le DCAF signent un protocole d'accord pour la coopération dans la réforme du système pénitentiaire*, 7.10.2017; DCAF Tunesien, *Le DCAF facilite les sessions des groupes de travail sur l'utilisation des statistiques pénitentiaires en Tunisie*, 2.10.2017; Interview mit Beamten, 1.8.2017.

deshalb oft auf die wirtschaftliche Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen in vernachlässigten tunesischen Regionen gelegt,<sup>67</sup> die meist auch ein hohes Mass an Radikalisierung aufweisen. Im Bereich wirtschaftlicher Entwicklung könnte man die Infrastrukturprojekte im unter Ben Ali vernachlässigten Bezirk Kasserine zu den PVE-relevanten Projekten zählen.<sup>68</sup> Allerdings finden sich die besten Beispiele für PVE-relevante Massnahmen bei der wirtschaftlichen Integration von jungen Menschen. Das Projekt I-SEMER ist zum Beispiel eine Schweizer Initiative zur Schaffung von Arbeitsplätzen für junge Menschen in benachteiligten Regionen in Mittel- und Südwesttunesien sowie in der Agglomeration von Tunis. Junge Menschen und auch Frauen sowie Studienabsolventen sollen bei der Gründung von Kleinstunternehmen unterstützt werden.<sup>69</sup> Einen ähnlichen Ansatz verfolgt die Schweiz auch mit einem beruflichen Ausbildungsprogramm, das vom reichen Erfahrungsschatz der Schweiz in Sachen Berufsbildung inspiriert ist. Junge Studienabgänger aus der weiteren Umgebung um Tunis, aus dem Landesinneren und dem Süden sowie aus den Küstengebieten, wo der Tourismus aufgrund des Terrors zurückgegangen ist, sollen durch eine Berufsbildungsmassnahme wieder beschäftigungsfähig werden und so ihre Aussichten verbessern können.<sup>70</sup>

Die Schweiz stellt die sozioökonomische Inklusion und die Hilfestellung auf lokaler Ebene, wo sie am meisten benötigt wird, in den Mittelpunkt und konzentriert sich vor allem auf die Jugend. Deshalb eignet sich der Schweizer Ansatz bei der Unterstützung des Übergangs in Nordafrika bestens für faktisch PVE-relevante Massnahmen. Der zusätzliche Schwung, den die PVE-Massnahmen durch den ausserpolitischen Aktionsplan zur Prävention von gewalttätigem Extremismus erhalten, muss also keine Abweichung von den Kernzielen des Nordafrika-Programmes bedeuten. Diese Tatsache ist wichtig, da für zusätz-

67 Watanabe, *Nach den Arabischen Rebellionen*, S. 87.

68 EDA, *Medium-term Water Projects in Kasserine (Tunisia)*; EDA, *Waste Water Treatment Plant in Thala and Feriana*.

69 EDA, *Fifteen Thousand Jobs Created in Tunisia since the Revolution*.

70 EDA, *Formation professionnelle en Tunisie: modules pratiques pour renforcer l'employabilité des jeunes*.

liche PVE-Massnahmen innerhalb des Nordafrika-Programms anscheinend keine zusätzlichen Gelder freigegeben wurden.

## 6 DAS WEITERE VORGEHEN BEI PVE-MASSNAHMEN IN TUNESIEN

Für die Schweiz kämen verschiedene Vorgehensweisen in Frage, um PVE in Tunesien weiterführend zu unterstützen. Davon basieren einige auf bestehenden Aktionsfeldern. In Tunesien muss vermehrt ein Augenmerk auf die politische Marginalisierung der Jugend gelegt werden. Obwohl die Schweiz die politische Beteiligung der Jugend aktiv fördert, steht weitestgehend die Beteiligung an Wahlprozessen im Mittelpunkt der Projekte, und nur ein kleines Projekt zielte auf die Bürgerbeteiligung der Jugend auf lokaler Ebene ab. Man könnte Massnahmen, welche die Jugend an das bürgerschaftliche Engagement heranführen und so ihren Miteinbezug in politische Dialoge fördern, nutzbringend über die benachteiligte Agglomeration von Tunis hinaus erweitern. So würden andere Gemeinschaften mit einem hohen Radikalisierungsrisiko ebenfalls profitieren.

Die zumeist von DCAF unternommenen Bemühungen, die Gouvernanz des Sicherheitssektors zu verbessern, sind bisher eher auf die nationale als auf die lokale Ebene ausgerichtet und orientieren sich an der staatlichen Elite. Darüber hinaus sind Frauen und junge Menschen zumeist aus diesem Bereich ausgeklammert. Die fehlende gute Sicherheitsgouvernanz könnte sich sehr unterschiedlich auf die Gemeinschaften auswirken. Auch hier könnte bürgerschaftliches Engagement denjenigen Gemeinschaften, die für Radikalisierung anfällig sind, den Weg zum Austausch mit den Behörden ebnen und ihnen beispielsweise die Möglichkeit geben, mitzuteilen, inwiefern sie von Massnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus betroffen sind. Solche Initiativen könnten sich auf die Jugend sowie Frauen konzentrieren, die häufig auf unverhältnismässige oder andere Art und Weise davon betroffen sind.

Die Deradikalisierung in tunesischen Gefängnissen verlangt als weiterer Bereich der Sicherheitsreform ebenfalls einen eingehenderen Blick – besonders im Hinblick darauf, dass zurückkehrende *Foreign Fighters* keine differenzierte Behandlung erfahren und inhaftiert werden. Die Schweiz könnte durch ihre Partnerorganisationen, die entweder in Tunesien oder im internationalen Genf tätig sind, eine Vermittlerrolle

einnehmen und einen Platz für den Dialog sowie den Austausch von *Best Practices* in diesem Themenbereich schaffen. Da NGOs in vielen Ländern bei Deradikalisierungsprozessen in Gefängnissen mitwirken, könnte die Förderung eines Dialogs zwischen der politischen Elite und den in diesem Bereich aktiven zivilgesellschaftlichen Akteuren ebenfalls positive Auswirkungen haben.

Der aussenpolitische Aktionsplan zur Prävention von gewalttätigem Extremismus führt weitere Aktionsfelder auf, die als Basis zusätzlicher Initiativen dienen können. Eines dieser Felder besteht im Aufbau und der Förderung von Kontextwissen.<sup>71</sup>

**In Tunesien muss vermehrt ein Augenmerk auf die politische Marginalisierung der Jugend gelegt werden.**

Obwohl bereits umfangreiche Forschung zur Radikalisierung in Tunesien betrieben worden ist, gibt es verschiedene Bereiche, denen die Literatur bis jetzt wenig Aufmerksamkeit gewidmet hat und welche die Schweiz mitunterstützen könnte. Einer dieser Bereiche ist die Radikalisierung in Gefängnissen. Mehr Wissen über dieses Phänomen könnte

zu einem Dialog über eine Gefängnisreform sowie die Deradikalisierung in Gefängnissen beitragen. Ein weiterer Bereich umfasst die Radikalisierung von Frauen und die Rolle der Frauen als PVE-Akteurinnen in Tunesien.

Ein weiteres Aktionsfeld ist die Entwicklung von Alternativen zur Rhetorik des gewalttätigen Extremismus in Verbindung mit strategischer Kommunikation, Internet und sozialen Medien. Es könnte sich auszahlen, gemeinsam mit Tunesien Massnahmen in diesem Bereich auszuarbeiten, denn die tunesische Regierung richtet ihr Augenmerk erst seit Kurzem auf die Cyberdimension von PVE. Die Schweiz könnte ausserdem, wie sie es schon im Balkan getan hat, zivilgesellschaftliche Akteure fördern, die sich für den Gegendiskurs einsetzen.<sup>72</sup>

Der Schweizer Ansatz zur Unterstützung der Übergangsprozesse in Nordafrika wird folglich bereits innerhalb von PVE-relevanten Pro-

71 EDA, *Switzerland's Foreign Policy Action Plan on Preventing Violent Extremism*, S. 10.

72 Marwa Fatafta, «Beyond Closing Mosques and Shutting Down Facebook Pages: How Tunisia Can Address the Threat of Online Recruitment and Offline Terrorist Recruitment», in: *DGAP Kompakt* Nr. 24 (2016), S. 3f; EDA, *Action Plan on PVE*, S. 18.

jekten umgesetzt. Der zusätzliche Impuls durch den ausserpolitischen Aktionsplan zur Prävention von gewalttätigem Extremismus könnte allerdings die Konzeption weiterer PVE-relevanter Initiativen mit einem positiven Beitrag zu PVE in Tunesien fördern, während das Nordafrika-Programm gleichzeitig weiter vorangebracht würde. Der Aktionsplan zeigt ausserdem weitere Aktionsfelder auf, die zu neuen, in Tunesien bis anhin unbekanntem PVE-spezifischen Massnahmen führen könnten. Auch für Marokko und Libyen könnten einige dieser Massnahmen zukünftig relevant werden.